



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 30.1.2003

SEK (2003) 128 endgültig

EU EINGESCHRÄNKTE

VERTEILUNG

Empfehlung für eine

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 vom 7. Juli 1997**

**zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den  
Zeitraum 2001/02 - 2007/08**

(Vorlage der Kommission)

RESTRICTED

## BEGRÜNDUNG

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup> mussten die an der einheitlichen Währung nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten dem Rat und der Kommission bis zum 1. März 1999 Konvergenzprogramme vorlegen. Nach Artikel 9 der Verordnung musste der Rat jedes Konvergenzprogramm auf der Grundlage der von der Kommission und dem Ausschuss nach Artikel 114 EG-Vertrag (Wirtschafts- und Finanzausschuss) erstellten Bewertungen prüfen. Die Kommission gab zu jedem Programm eine Empfehlung ab. Auf der Grundlage dieser Empfehlung und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses gab der Rat nach Prüfung des Programms eine Stellungnahme dazu ab. Gemäß der Verordnung können die jährlich vorzulegenden aktualisierten Konvergenzprogramme vom Rat nach demselben Verfahren geprüft werden.

Das Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 1997/98 bis 2003/04 wurde am 22. Dezember 1998 vorgelegt und am 8. Februar 1999 vom Rat bewertet<sup>2</sup>.

Die erste jährliche Aktualisierung für den Zeitraum 1998/99 bis 2004/05 wurde am 21. Dezember 1999 vorgelegt und am 28. Februar 2000 vom Rat bewertet<sup>3</sup>. Die zweite jährliche Fortschreibung für den Zeitraum 1999/2000 bis 2005/06 wurde am 21. Dezember 2000 vorgelegt und am 12. Februar 2001 vom Rat bewertet<sup>4</sup>. Die dritte jährliche Fortschreibung für den Zeitraum 2000/01 bis 2006/07 wurde am 20. Dezember 2001 vorgelegt und am 12. Februar 2002 vom Rat bewertet<sup>5</sup>.

Die vierte und jüngste Fortschreibung für den Zeitraum 2001/02 bis 2007/08 legte das Vereinigte Königreich am 19. Dezember 2002 vor. Die Kommissionsdienststellen haben dieses aktualisierte Programm einer technischen Beurteilung unterzogen und dabei insbesondere der am 27. November 2002 vorgelegten Mitteilung der Kommission an den Rat über die Verstärkung der haushaltspolitischen Koordinierung<sup>6</sup> Rechnung getragen. Sie sind dabei zu folgender Bewertung gelangt:

Die vierte Fortschreibung des Konvergenzprogramms mit dem Titel "Nachhaltigkeit auf lange Sicht" ist eine klare und umfassende Darstellung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik des Vereinigten Königreichs und seiner wirtschafts- und haushaltspolitischen Aussichten. Sie entspricht im Großen und Ganzen dem für die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vereinbarten Verhaltenskodex. Die Wirtschaftspolitik, die in den laut Konvergenzprogramm geplanten Maßnahmen zum Ausdruck kommt, entspricht zum Teil den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002.

Es ist angemessen, dass in dieser Programmfortschreibung wie schon im letzten Programm die durch eine solide Geld- und Finanzpolitik und weitere Strukturreformen unterstützte Sicherung der makroökonomischen Stabilität in den Vordergrund gestellt wird. Diese Politik

---

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997.

<sup>2</sup> ABl. C 68 vom 11.3.1999.

<sup>3</sup> ABl. C 98 vom 6.4.2000.

<sup>4</sup> ABl. C 77 vom 9.3.2001.

<sup>5</sup> ABl. C 51 vom 26.2.2002.

<sup>6</sup> KOM(2002) 668 endg., 27.11.2002.

hat in den letzten Jahren eine niedrige und stabile Inflation ermöglicht - in den letzten Monaten eine der niedrigsten in der EU. Im Programm wird die Auffassung vertreten, dass das Vereinigte Königreich durch seine auf makroökonomische Stabilität gerichtete Politik besser als früher gegen weltwirtschaftliche Instabilität gewappnet ist.

Das Vereinigte Königreich verzeichnete in den letzten Jahren ein stetiges Wachstum. Die öffentlichen Finanzen wiesen im Zeitraum 1998/99 bis 2000/01 Überschüsse auf und der Bruttoschuldenstand in Relation zum BIP ist einer der niedrigsten in der EU. Die Arbeitslosenquoten sind so niedrig wie seit den 70er Jahren nicht mehr und zählen ebenfalls zu den niedrigsten in der EU. In Anbetracht des schwachen weltwirtschaftlichen Umfelds blieb das BIP-Wachstum 2002 hinter den Erwartungen zurück, wurde jedoch durch starken privaten Verbrauch und wachsende öffentliche Ausgaben (Finanz- und Anlageinvestitionen) gestützt. Die öffentlichen Finanzen rutschten im Haushaltsjahr 2001/02 leicht in die Defizitzone und es wird erwartet, dass sich dieses Defizit im Haushaltsjahr 2002/03 erheblich (auf 1,8 %) ausweitet. Dies ist weitgehend auf die weltweite Konjunkturabschwächung, insbesondere deren Auswirkungen auf die Gewinne von Finanzunternehmen und die dadurch bedingten Steuerausfälle zurückzuführen. Ein weiterer Grund für die Ausweitung des Defizits sind jedoch auch die geplanten Erhöhungen bei den diskretionären Ausgaben.

Die im Programm bis zum Jahr 2005 (dem letzten Jahr, für das ausführliche Wirtschaftsprojektionen vorliegen) reichenden Projektionen lassen erwarten, dass sich die negative Outputlücke mit zunehmender weltwirtschaftlicher Erholung und einem BIP-Wachstum von  $2\frac{3}{4}$  % (was in etwa dem Wachstumstrend entspräche) bis 2005 schließen wird. Im Jahr 2004 wird sich das Wachstum voraussichtlich auf  $3\frac{1}{4}$  % (zentraler Wert der Spanne) beleben und 2005 voraussichtlich 3 % betragen. Im Jahr 2003 wird die Inflation den Projektionen zufolge etwas hinter dem Zielwert von  $2\frac{1}{2}$  % (Index der Einzelhandelspreise) zurückbleiben und in den Folgejahren dem Zielwert entsprechen.

Dieser Ausblick auf die Jahre 2003 und 2004 ist optimistischer als der der Herbstvorausschätzungen der Kommission, wenngleich auch diese in Anbetracht verbesserter weltwirtschaftlicher Perspektiven für das Jahr 2003 mit einer erheblichen Beschleunigung des BIP-Wachstum rechnet. Im Programm wird ein rascheres Schließen der negativen Outputlücke und insbesondere eine raschere Zunahme der Anlageinvestitionen prognostiziert. Die kurzfristigen Wirtschaftsprojektionen bis zum Jahr 2004 scheinen recht optimistisch.

Die im Programm enthaltenen Projektionen und Analysen für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen reichen bis zum Haushaltsjahr 2007/08. Die entsprechenden Zahlen werden auch konjunkturbereinigt vorgelegt. Für das Ende des Projektionszeitraums (2007/08) wird beim Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben im Schnitt ein Überschuss erwartet, was mit der goldenen Regel der Regierung in Einklang stünde. Der öffentliche Bruttoschuldenstand in Relation zum BIP geht zwischen 2002 und 2003 auf 37,9 % zurück, steigt in der Folge leicht an und stabilisiert sich zwischen dem Haushaltsjahr 2003/04 und dem Ende des Programmzeitraums auf rund 39 %. Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo dürfte sich jedoch von einem geringen Defizit von 0,2 % des BIP 2001/02 zu einem Defizit von 1,8 % 2002/03 und 2,2 % 2003/04 ausweiten, bevor 2004/05 ein Rückgang auf 1,7 % und 1,6 % in den Jahren bis 2007/08 zu erwarten ist. Konjunkturbereinigt würde sich das Defizit damit von 0,2 % im Haushaltsjahr 2002/03 auf 1,4 % im Haushaltsjahr 2003/04 ausweiten und bis zum Ende des Programms in den Haushaltsjahren 2006/07 und 2007/08 auf 1,6 % des BIP ansteigen. Aus konjunkturellen Gründen, insbesondere wegen der als vorübergehend eingestuften Gewinneinbußen von Finanzunternehmen und der damit verbundenen Steuerausfälle wird nunmehr im Vergleich zur letzten Programmfortschreibung für 2002/03 mit einem um 0,7 % und für 2003/04 um 0,9 % des BIP höheren Defizit gerechnet. Mit 1,6 % des BIP im Haushaltsjahr 2006/07 und in den Folgejahren liegt der konjunkturbereinigte

Saldo nunmehr jedoch um etwa 0,6 Prozentpunkte des BIP über dem Wert der letzten Programmfortschreibung. Zurückzuführen ist dies auf den seit dem letzten Programm angekündigten weiteren Anstieg der diskretionären Ausgaben, insbesondere der Investitionsausgaben.

Der für finanzpolitische Zwecke bis 2006/07 angenommene Wachstumstrend von 2½ % liegt zwar über den in der letzten Fortschreibung angenommenen 2¼ %, unterschreitet die neutrale Trendannahme des Programms (2¾ %) aber geringfügig. Letztere deckt sich mit den Berechnungen der Kommissionsdienststellen. So kommen die Kommissionsdienststellen bei Zugrundelegung dieses Wachstumstrends für das Haushaltsjahr 2005/06 auf einen Rückgang des konjunkturbereinigten Defizits auf 1,2 % des BIP - gegenüber 1½ % im Programm. Die konjunkturbereinigten Defizite wären darüber hinaus zu einem sehr großen Teil darauf zurückzuführen, dass bei den öffentlichen Nettoinvestitionen in Relation zum BIP, die auf einen historischen Tiefststand - einen der niedrigsten in der EU - abgesunken waren, den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002 folgend eine willkommene Trendwende eingeleitet wird. So sollen diese von 0,9 % im Haushaltsjahr 2001/02 auf 2,2 % im Haushaltsjahr 2007/08 ansteigen.

In ihrer kürzlich veröffentlichten Mitteilung *Verstärkung der haushaltspolitischen Koordinierung*<sup>7</sup> schlägt die Kommission vor, für Mitgliedstaaten, deren Schuldenstand deutlich unter dem Referenzwert von 60 % des BIP liegt und deren öffentliche Finanzen auf einer tragfähigen Grundlage stehen, auf längere Sicht eine geringe Abweichung von der Anforderung eines 'nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses' ins Auge zu fassen. Im aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs wird ab 2003/04 von einer stabilen Relation zwischen gesamtstaatlichem Bruttoschuldenstand und BIP auf niedrigem Niveau ausgegangen. Bei Fortführung der derzeitigen Politik und unter den im Programm zugrunde gelegten Annahmen wird davon ausgegangen, dass sich die Bevölkerungsalterung nur geringfügig auf die öffentlichen Rentenausgaben (in % des BIP) auswirkt. In Anbetracht dessen könnte das Vereinigte Königreich eine geringfügige Abweichung von der Anforderung eines 'nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses' ins Auge fassen, ohne dabei auf längere Sicht die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen zu gefährden. Für die letzten Jahre des Programms wird von einem (absoluten und konjunkturbereinigten) Defizit von rund 1½ % des BIP ausgegangen. Auch beruht das für 2003/04 projizierte relativ hohe Defizit von 2,2 % des BIP auf einer optimistischen BIP-Wachstumsannahme von 2¾ %. Eine solche Haushaltsplanung könnte das Defizit in die Nähe der 3%-Schwelle führen und wäre somit nicht mit der mittelfristigen Anforderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu vereinbaren. Das Vereinigte Königreich sollte deshalb 'mittelfristig' auf ein Haushaltsdefizit hinarbeiten, das niedrig genug ist, um die 3 %-Schwelle in keinem Jahr zu überschreiten.

Es ist zu begrüßen, welcher Stellenwert der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen im Konvergenzprogramm beigemessen wird. Äußerst nützlich ist die Vielfalt der Indikatoren, die zur Untersuchung der budgetären Herausforderungen und sonstigen Aspekte herangezogen werden, die sich langfristig im Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeit stellen. Bei Fortführung der derzeitigen Politik und unter den im Programm genannten Annahmen dürfte das Vereinigte Königreich ohne Weiteres in der Lage sein, die mit der Bevölkerungsalterung einhergehenden Haushaltslasten zu tragen. Die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems hängt zu einem großen Teil von der Leistungsfähigkeit der privaten Anbieter ab. Sollte die private Altersvorsorge erheblich weniger einbringen als die voraussichtlichen Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, könnte auf künftige

---

<sup>7</sup> KOM(2002) 668 endg., 27.11.2002.

Regierungen eine wachsende Zahl bedarfsabhängiger Leistungen zukommen. Doch würde ein begrenztes Defizit auf mittlere Sicht dazu beitragen, jedes durch Bevölkerungsalterung bedingte Risiko möglicher Haushaltsungleichgewichte zu vermeiden und den im Programm vertretenen Standpunkt, wonach "die öffentlichen Finanzen bei Fortführung der derzeitigen Politik langfristig tragfähig sind", stärker untermauern.

In dem Programm werden die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen beschrieben, die öffentliche Dienstleistungen hoher Qualität gewährleisten sollen. Darüber hinaus wird dargelegt, mit welchen Maßnahmen das Ziel erreicht werden soll, die Erwerbstätigenquote bis zum Jahr 2010 auf einen bislang ungekannten Stand anzuheben und eine höhere nachhaltige Produktivitätswachstumsrate zu erreichen. In Anbetracht der im Vergleich zu Wettbewerbern geringen Produktivität im Vereinigten Königreich sind diese Maßnahmen zu begrüßen.

Die Konvergenzkriterien in Bezug auf Inflation und Zinssätze werden mit gewissen Spannen als erfüllt angesehen. Mit Blick auf die WWU wird in dem Programm auf die 1997 festgelegte Politik und die aus 'fünf Tests' bestehende Prüfung verwiesen, die bis Juni 2003 durchgeführt werden soll. Im Programm wird die Auffassung vertreten, dass Wechselkursstabilität nur bei soliden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erreicht werden kann. Aus diesem Grund wird sie als Ergebnis und nicht als Ziel der Wirtschaftspolitik in allen anderen Bereichen angesehen. Zwar mag es in der Exportwirtschaft Probleme geben, doch kann die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs offenbar mit einem Wechselkurs leben, der höher ist als Mitte der 90er Jahre. Auch wenn Einiges dafür spricht, dass die Wechselkursvolatilität in den letzten Jahren abgenommen hat, ist eine Umkehrung dieses Trends doch nach wie vor möglich. Sollte es allerdings dazu kommen, könnten ein weniger stabiler makroökonomischer Pfad und weniger stabile öffentliche Finanzen als im Programm projiziert die Folge sein. Die Mitgliedschaft im WKM2 könnte - sobald eine Entscheidung über den angemessenen Wechselkurs zwischen Pfund und Euro getroffen ist - dem bestehenden soliden und wirkungsvollen finanz- und geldpolitischen Rahmen zusätzlich Stabilität verleihen.

Auf der Grundlage dieser Bewertung hat die Kommission die beigefügte Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des UK angenommen und leitet sie an den Rat weiter.

Empfehlung für eine

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 vom 7. Juli 1997**

**zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 2001/02 bis 2007/08**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>8</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

gestützt auf die Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Am [18. Februar] hat der Rat das aktualisierte Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 2001/02 bis 2007/08 geprüft. Diese Fortschreibung enthält umfassende Informationen, einschließlich einer Analyse der langfristigen Tragbarkeit der öffentlichen Finanzen, und steht damit im Großen und Ganzen mit dem Verhaltenskodex in Einklang. Die Wirtschaftspolitik, die in den laut Konvergenzprogramm geplanten Maßnahmen zum Ausdruck kommt, entspricht zum Teil den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002.

Der Rat hält es für angemessen, dass in dieser Programmfortschreibung wie schon im letzten Programm die durch eine solide Geld- und Finanzpolitik und weitere Strukturreformen unterstützte Sicherung der makroökonomischen Stabilität in den Vordergrund gestellt wird. Er stellt mit Befriedigung fest, dass diese Politik in den letzten Jahren eine niedrige und stabile Inflation ermöglicht hat. Die Konvergenzkriterien in Bezug auf Inflation und Zinssätze werden mit einer gewissen Marge erfüllt und das Inflationsziel wird den Projektionen des Programms zufolge über den Programmzeitraum hinweg erreicht.

Das Programm basiert auf einem makroökonomischen Rahmen, der eine Zunahme des BIP-Wachstums von 1½ % im Jahr 2002 auf 2¾ % im Jahr 2003, 3¼ % im Jahr 2004 und 3 % im Jahr 2005 vorsieht. Nach Auffassung des Rates sind die makroökonomischen Vorausschätzungen auf kurze Sicht recht optimistisch und besteht die Gefahr, dass die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert werden müssen. Der angenommene Wachstumstrend von 2¾ % deckt sich jedoch mit den Berechnungen der Kommissionsdienststellen und geht über die 2½ % des Programms hinaus, das die

---

<sup>8</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997.

konjunkturbereinigten Projektionen der öffentlichen Finanzen untermauert. Die öffentlichen Finanzen sollen dem Programm zufolge im laufenden und im Haushaltsjahr 2002/03 ein Defizit in Höhe von 1,8 % des BIP und im Haushaltsjahr 2003/04 ein Defizit in Höhe von 2,2 % des BIP aufweisen. Konjunkturbereinigt läge das Defizit damit bei 1,1 % bzw. 1,4 % des BIP. In den letzten Jahren des Programms (2005/06 bis 2007/08) würde das Defizit - in absoluten Zahlen und konjunkturbereinigt - bei etwa 1,6 % des BIP liegen. Die Ausweitung des Defizits im Programmzeitraum ist in erheblichem Umfang darauf zurückzuführen, dass dem Rückgang bei den öffentlichen Investitionen in Relation zum BIP den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002 folgend ein Ende gesetzt werden soll. Der Rat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Bruttoschuldenstand des Vereinigten Königreichs in Relation zum BIP mit rund 39 % im Zeitraum 2003/04 und Folgejahren relativ niedrig bleiben soll.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die für die Haushaltsjahre 2002/03 und 2003/04 projizierten Defizite erheblich (nämlich um 0,7 bzw. 0,9 Prozentpunkte des BIP) über den im letzten Programm genannten Werten liegen. Der Rat erkennt an, dass diese Ausweitung des Defizits in den Haushaltsjahren 2002/03 und 2003/04 in erster Linie konjunkturbedingt ist.

Ab dem Haushaltsjahr 2003/04 wird von einer stabilen Relation zwischen gesamtstaatlichem Bruttoschuldenstand und BIP auf niedrigem Niveau ausgegangen. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die öffentlichen Rentenausgaben (in % des BIP) bei Zugrundelegung der derzeitigen Politik als geringfügig eingestuft werden. Der Rat vertritt die Auffassung, dass das Vereinigte Königreich - da sein Schuldenstand weit unter dem Referenzwert von 60 % des BIP liegt und seine öffentlichen Finanzen auf einer tragfähigen Grundlage stehen - eine geringfügige Abweichung von der Anforderung eines 'nahezu ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses' ins Auge fassen könnte, ohne dabei auf längere Sicht die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden. Für die letzten Jahre des Programms wird allerdings von einem (tatsächlichen und konjunkturbereinigten) Defizit von rund 1½ % des BIP ausgegangen. Auch beruht das für 2003/04 projizierte relativ hohe Defizit von 2,2 % des BIP auf einer optimistischen BIP-Wachstumsannahme von 2¾ %. Eine solche Haushaltsplanung könnte das Defizit in die Nähe der 3%-Schwelle führen und wäre somit nicht mit der mittelfristigen Anforderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu vereinbaren. Der Rat empfiehlt dem Vereinigten Königreich deshalb, 'mittelfristig' auf ein Haushaltsdefizit hinarbeiten, das niedrig genug ist, um die 3 %-Schwelle in keinem Jahr zu überschreiten.

Der Rat ist erfreut, welcher Stellenwert der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Konvergenzprogrammen beigemessen wird und nimmt mit Interesse die Vielzahl der Indikatoren zur Kenntnis, die zur Untersuchung der budgetären Herausforderungen und sonstigen Aspekte herangezogen werden, die sich langfristig im Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeit stellen. Bei Fortführung der derzeitigen Politik und unter den im Programm genannten Annahmen dürfte das Vereinigte Königreich nach Auffassung des Rates ohne Weiteres in der Lage sein, die mit der Bevölkerungsalterung einhergehenden Haushaltslasten zu tragen. Doch nimmt der Rat zur Kenntnis, dass die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems zu einem großen Teil von der Leistungsfähigkeit der privaten Anbieter abhängt. Sollte die private Altersvorsorge erheblich weniger einbringen als die voraussichtlichen Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, könnte auf künftige Regierungen eine wachsende Zahl bedarfsabhängiger Leistungen zukommen. Ein begrenztes Defizit könnte seiner Ansicht nach auf mittlere Sicht dazu beitragen, jedes durch Bevölkerungsalterung bedingte Risiko möglicher Haushaltsungleichgewichte zu vermeiden und den im Programm vertretenen Standpunkt, wonach "die öffentlichen Finanzen bei Fortführung der derzeitigen Politik langfristig tragfähig sind", stärker untermauern.

Der Rat begrüßt die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen, die unter anderem auf eine höhere nachhaltige Produktivitätswachstumsrate abzielen. In Anbetracht der im Vergleich zu Wettbewerbern geringen Produktivität im Vereinigten Königreich sieht der Rat diese Maßnahmen als begrüßenswert an.

